

50 Staaten wollen Devisenhandel besteuern

Die Initiative kommt aus Frankreich und Großbritannien - aus den USA und Deutschland gibt es keine Unterstützung. Erstmals könnte es zu einem EU-Bürgerbegehren kommen. von Teresa Goebbels, Brüssel und Timo Pache, Berlin

Frankreich und Großbritannien wollen sich mit der Rückendeckung von mehr als 50 anderen Staaten für eine Devisensteuer einsetzen. Deren Aufkommen läge jährlich bei bis zu 35 Mrd. Dollar (rund 27 Mrd. Euro) und soll in die Entwicklungshilfe fließen, sagte Frankreichs Außenminister Bernard Kouchner. "Die Steuer, die wir vorschlagen, brächte pro 1000 Euro 5 Cent ein." Das sei nicht viel, aber zumindest ein Anfang.

Die Staaten haben sich für die Devisensteuer entschieden, weil sie international am einfachsten umzusetzen wäre, sagte die spanische Staatssekretärin für internationale Zusammenarbeit, Soraya Rodríguez: "Wir wissen, dass es Widerstand gibt, deshalb haben wir uns für die einfachste Option entschieden." Die Steuer würde auf alle Währungsgeschäfte in britischem Pfund, Euro, Dollar und Yen anfallen. Allerdings gehören die USA nicht zu den Unterstützern der Idee, ebenso wenig Deutschland und die Schweiz. Die meisten anderen europäischen Staaten und Japan unterstützen dagegen die Initiative Frankreichs und Großbritanniens, die sich am Vorschlag des US-Ökonomen James Tobin orientiert.



Der französische Außenminister Bernard Kouchner

Aus dem Bundesfinanzministerium hieß es, Deutschland zähle nicht zu den Unterstützern, eine Devisensteuer stehe aber auch nicht im Widerspruch zu der von Deutschland geforderten Finanztransaktionssteuer. Kouchner hofft, die Amerikaner bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 21. September zu überzeugen. Wie bei allen Vorhaben zur Regulierung der Finanzmärkte gehen auch hier die Meinungen darüber auseinander, welche Auswirkungen eine nicht globale Lösung hätte. Kouchner hält eine europäische Devisensteuer für möglich: "Wir könnten sie auf EU-Ebene einführen, aber besser wäre eine globale Lösung."

Die EU-Finanzminister beraten am kommenden Dienstag über einen möglichen Alleingang in Europa, nachdem die Finanztransaktionssteuer bei den G20 gescheitert war. Eine Steuer auf Transaktionen oder Bankgewinne würde nicht in die Entwicklungshilfe, sondern in die nationalen Haushalte der EU-Staaten fließen. Als Alternativen zur Devisensteuer nannte die Gruppe um Frankreich und Großbritannien eine Steuer auf Finanzaktivitäten, eine Mehrwertsteuer auf Finanzdienstleistungen, eine national abzuführende Steuer auf Währungsgeschäfte und die von Deutschland befürwortete Transaktionssteuer.

Letztere wollen die Sozialdemokraten im EU-Parlament notfalls mittels eines EU-Bürgerbegehrens durchsetzen - zumindest auf EU-Ebene. "Der Europäische Rat hat die Transaktionssteuer beschlossen", sagte am Donnerstag der Fraktionschef [Martin Schulz](#). Wenn Steuerkommissar Algirdas Semeta das Thema nicht vorantreibe, würden sie ihn an das Versprechen der Staats- und Regierungschefs erinnern.

Ein EU-Bürgerbegehren starten könnten er und seine Fraktionskollegen frühestens Anfang 2011. Dann sollen die Voraussetzungen geklärt und per Verordnung festgeschrieben sein. Denn bislang skizziert der Vertrag von Lissabon solche Volksentscheide bloß in groben Zügen. Klar geregelt ist dort nur, dass eine Million EU-Bürger das Begehren unterzeichnen müssen.

Offen ist dagegen, was unter der weitergehenden Formulierung zu verstehen ist, dass die Unterzeichnenden "Staatsangehörige einer erheblichen Anzahl von Mitgliedsstaaten" sein müssen. Martin Kastler, CSU-Abgeordneter im Europaparlament, plädiert dafür, diese Schwelle bei sechs Ländern anzusiedeln, bei der Kommission seien allerdings neun im Gespräch. "Das halte ich für zu hoch - da werden Menschen, die sich engagieren wollen, abgeschreckt", sagte Kastler.

Mehr zum Thema

[Währungsspekulationen Devisenhandel erreicht Rekordvolumen](#)

(<http://www.ftd.de/finanzen/maerkte/anleihen-devisen/waehrungsspekulationen-devisenhandel-erreicht-rekordvolumen/50164068.html>)

[Devisenhandel Zweifel an der Euro-Rally wachsen](#)

(<http://www.ftd.de/finanzen/maerkte/anleihen-devisen/devisenhandel-zweifel-an-der-euro-rally-wachsen/50151887.html>)

[Auflösen von Währungswetten Japan rutscht ins Yen-Dilemma](#)

(<http://www.ftd.de/finanzen/maerkte/anleihen-devisen/aufloesen-von-waehrungswetten-japan-rutscht-ins-yen-dilemma/50150878.html>)

[Devisenhandel Sorge um US-Wirtschaft treibt Euro auf 1,30](#)

(<http://www.ftd.de/finanzen/maerkte/anleihen-devisen/devisenhandel-sorge-um-us-wirtschaft-treibt-euro-auf-1-30/50145202.html>)

Mehr zu: [Devisenhandel](#)

03.09.2010

© 2010 Financial Times Deutschland
